

Stand: 20.04.2026 06:16:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/3064

"Europäische Digitale Allianz"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/3064 vom 16.07.2019
2. Beschluss des Plenums 18/3220 vom 18.07.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 26 vom 18.07.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Tobias Reiß, Petra Guttenberger, Sandro Kirchner, Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Alfred Sauter, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Karl Straub, Klaus Stöttner, Walter Taubeneder** und **Fraktion (CSU)**

Europäische Digitale Allianz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass Europa eine tragende Rolle in der Digitalwirtschaft einnimmt. Wir brauchen vor allem einen fairen Wettbewerb und ein Level-Playing-Field für die Akteure in der digitalen Wirtschaft. Dem müssen auch ausländische Plattformanbieter unterworfen werden. Es bedarf dringend eines gemeinschaftlichen Kraftakts, dass auch europäische Unternehmen die Chance erhalten, einen Stammplatz auf dem globalen Spielfeld der Digitalisierung, neben den US-amerikanischen und chinesischen Digitalkonzernen wie Facebook, Google, ALIBABA und Co., einzunehmen. Dazu sollte sich die Staatsregierung auf Bundes- und EU-Ebene mittels Fortentwicklung des Beihilfe-, des Datenschutz- und des Wettbewerbsrechts für ein Level-Playing-Field stark machen.

Begründung:

Deutschland und die Staaten Europas müssen heute die wirtschaftliche Abhängigkeit von den großen Playern im Bereich der Digitalisierung fürchten. Europa darf es nicht hinnehmen, dass sich diese digitale Abhängigkeit für nahezu alle Felder der Wirtschaft weiter vertieft. Auch darf die Bedrohung für ein demokratisches Rechtsstaatsgefüge nicht unterschätzt werden, wenn die Konzerne aus Übersee ihre eigenen selbstauferlegten Regeln an die Stelle des staatlichen und europäischen Rechts setzen wollen. Wenn Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa auf Dauer gesichert werden sollen, brauchen wir ein strukturelles und wirtschaftlich konkurrenzfähiges Gegengewicht zu den sich mehr und mehr monopolisierenden Digitalkonzernen aus Übersee. Wir brauchen vor allem einen fairen Wettbewerb und ein Level-Playing-Field für die Akteure in der digitalen Wirtschaft. Dem müssen auch ausländische Plattformanbieter unterworfen werden. Hierfür sollte Bayern sich auf Bundesebene und auf europäischer Ebene einsetzen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Tobias Reiß, Petra Guttenberger, Sandro Kirchner, Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Alfred Sauter, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Karl Straub, Klaus Stöttner, Walter Taubeneder** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/3064

Europäische Digitale Allianz

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass Europa eine tragende Rolle in der Digitalwirtschaft einnimmt. Wir brauchen vor allem einen fairen Wettbewerb und ein Level-Playing-Field für die Akteure in der digitalen Wirtschaft. Dem müssen auch ausländische Plattformanbieter unterworfen werden. Es bedarf dringend eines gemeinschaftlichen Kraftakts, dass auch europäische Unternehmen die Chance erhalten, einen Stammplatz auf dem globalen Spielfeld der Digitalisierung, neben den US-amerikanischen und chinesischen Digitalkonzernen wie Facebook, Google, ALIBABA und Co., einzunehmen. Dazu sollte sich die Staatsregierung auf Bundes- und EU-Ebene mittels Fortentwicklung des Beihilfe-, des Datenschutz- und des Wettbewerbsrechts für ein Level-Playing-Field stark machen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Gerd Mannes

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Martin Hagen

Staatsministerin Judith Gerlach

Abg. Franz Bergmüller

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zu einer weiteren gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)
Europäische Digitale Allianz (Drs. 18/3064)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Zukunftsorientiertes europäisches Digitalbündnis schmieden (Drs. 18/3092)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Abgeordneter Prof. Dr. Winfried Bausback. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Daten und die Digitalisierung sind nicht nur das Gold des 21. Jahrhunderts; sie sind zunehmend ein globaler Machtfaktor, den die Digitalkonzerne für sich nutzen. Die Herrschaft über Kommunikationswege, das Wissen um gesellschaftliches Massenverhalten, der direkte Zugang zu Konsumenten verschaffen eine erhebliche Marktmacht und einen Informationsvorsprung.

Die großen Digitalkonzerne, die großen Verkaufsplattformen, die großen Suchmaschinen, die großen sozialen Netzwerke stammen sämtlich aus den USA und China. Europa befindet sich im Würgegriff der US-amerikanischen und chinesischen Konzerne wie Facebook, Google, Alibaba und Co.

Ein Beispiel für diesen Würgegriff ist die Automobilindustrie. Branchenfremde Digitalkonzerne versuchen, ein neues System aus Big Data, E-Mobilität und autonomem Fahren zu etablieren. Es besteht die reale Gefahr, dass unsere Autobauer zu reinen Hardware- und Fahrzeuglieferanten herabgestuft werden, wobei die Wertschöpfung in der Zukunft bei ganz anderen liegen wird.

Die Automobilindustrie ist nur ein Beispiel dieser Bedrohung; die geschilderte Abhängigkeit geht weit darüber hinaus und betrifft viele Bereiche der Wirtschaft. Sie vertieft sich sogar, Kolleginnen und Kollegen. Allein ein Blick auf die jährlichen Forschungsausgaben, gemessen in US-Dollar, Stand 2018, macht deutlich, was sich gegenwärtig vollzieht: Amazon 22,6 Milliarden, Alphabet 16,2 Milliarden, Microsoft 12,3 Milliarden usw. Die materiellen Ressourcen dieser Konzerne sind immens; aber sie sind nur ein Faktor.

Hinzu – das ist meines Erachtens noch gravierender – kommen Regelungen des europäischen, des internationalen, des nationalen und transnationalen Rechts, die zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen führen und die Herausbildung von europäischen Gegengewichten verhindern.

Kolleginnen und Kollegen, Europa darf es nicht hinnehmen, dass sich diese digitale Abhängigkeit für nahezu alle Felder unserer Wirtschaft weiter vertieft. Es bedarf dringend eines gemeinschaftlichen Kraftaktes, damit auch europäische Unternehmen die Chance erhalten, einen Stammplatz auf dem globalen Spielfeld der Digitalisierung einzunehmen. Dazu müssen sich Deutschland und die Europäische Union für die Fortentwicklung des Beihilfe-, des Datenschutz- und des Wettbewerbsrechts starkmachen. Wir brauchen kartellrechtliche Regelungen, die in diesem Bereich die Herausbildung europäischer Gegengewichte überhaupt möglich machen. Hierauf müssen wir hinarbeiten. Dazu fordern wir auch die Staatsregierung auf.

Es geht an dieser Stelle aber nicht nur um die Wirtschaft, nicht nur um Unternehmen. Es geht letztlich auch um unsere Gesellschaft, unseren Staat, unsere Demokratie.

Nur ein Beispiel: 94 % aller Deutschen, so eine Untersuchung, suchen im Netz mittels der Suchmaschine Google. Die Folge: Was Google aufgrund undurchschaubarer Algorithmen nicht oder schlecht listet, existiert im Netz und in der Gesellschaft faktisch nicht. Google ist damit der uneingeschränkte virtuelle Türsteher mit dem Potenzial

zum Manipulator, da Google nicht nur unser Wissen lenken kann, sondern auch weiß, was wir wissen wollen.

Die amerikanische Mathematik-Professorin Cathy O'Neil warnt deshalb völlig zu Recht davor, dass Algorithmen mathematische Massenvernichtungswaffen sein können. Das Buch, das auch auf Deutsch erschienen ist – "Angriff der Algorithmen" –, kann ich nur jedem für die anstehende Urlaubszeit als Lektüre empfehlen.

Kolleginnen und Kollegen, wir sollten die Bedrohung für ein demokratisches Rechtsstaatsgefüge nicht unterschätzen, wenn die Konzerne aus Übersee ihre eigenen, selbstaufgelegten Regeln an die Stelle staatlichen und europäischen Rechts setzen wollen.

Die Beispiele der letzten Zeit sind erdrückend. Letzte Woche meldete eine Vielzahl von Medien, dass der Dienst Google Home persönliche Gespräche ungewollt aufgezeichnet und abgehört hat. Unvergessen, was im März 2018 im Fall von Cambridge Analytica aufgedeckt wurde. Auch dazwischen, Kolleginnen und Kollegen, gab es eine Vielzahl von Datenskandalen und -pannen bei den großen überseeischen Internetgiganten. Es sind einfach zu viele Einschläge in die Magengrube der Datensicherheit.

Man muss ohne Umschweife feststellen: Die Digitalisierung steckt bei unserer Bevölkerung in einer tiefen Vertrauenskrise. Die Mehrheit der Deutschen – 80 %, so sagt es eine Civey-Umfrage aus dem Oktober 2018 – hat wenig bis gar kein Vertrauen in die Sicherheit ihrer eigenen Daten, wofür sie die digitalen Großkonzerne Google, Facebook, Amazon oder Apple verantwortlich machen.

Das große Volumen der von den Digitalkonzernen gespeicherten personenbezogenen Daten, ihr kommerzieller Wert und das weitreichende Überwachungspotenzial der modernen Informationstechnik für Private bedrohen die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger in fundamentaler Weise. Darauf muss in zweierlei Weise reagiert werden: Europa und seine Staaten müssen die Rechtsdurchsetzung und den Datenschutz gegenüber den großen Konzernen wieder stärker in die eigenen Hände nehmen. Dazu müs-

sen die notwendigen Regeln erlassen werden. Bayern kann seinen Beitrag dazu leisten.

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen aber auch ein wirtschaftliches Gegengewicht: Wir brauchen Unternehmen, die auf Dauer den chinesischen und US-amerikanischen Konzernen Paroli bieten können. Dazu müssen die notwendigen Voraussetzungen, beispielsweise im Kartellrecht, geschaffen werden. Europa und die europäischen Staaten sollten sich aktiv auf den Weg machen. Dass das möglich ist, zeigt das Jubiläum "50 Jahre Airbus", das wir vor Kurzem begangen haben.

Wenn wir Rechtsstaatlichkeit in Europa auf Dauer sichern und wirtschaftlichen Wohlstand auf Dauer erhalten wollen, dann brauchen wir ein stärkeres strukturelles und wirtschaftlich konkurrenzfähiges Gegengewicht zu den monopolisierenden Digitalkonzernen aus Übersee. Europa darf nicht einfach wie bisher auf der Zuschauertribüne Platz nehmen, wenn zum Beispiel der Handelskrieg zwischen den USA und China in Bezug auf Huawei tobt. Wir brauchen eine eigene europäische Initiative. Wir brauchen eine europäische Allianz. Europa muss sich dazu auf den Weg machen. Bayern sollte dafür seinen Beitrag leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Prof. Dr. Bausback. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes von der AfD-Fraktion. Sie haben das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, die Staatsregierung soll sich auf Bundesebene und auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass Europa im weltweiten Vergleich in der Digitalisierung eine bedeutendere Rolle einnimmt. Die Schaffung von fairen Wettbewerbsbedingungen ist zielführend. Leider können Anglizismen im Antrag nicht über die Versäumnisse und Fehler in der Vergangenheit hinwegtäuschen. Die CSU ist seit 1982 mit Unterbrechungen an der

Bundesregierung beteiligt, und Deutschland spielt international in der komplexen Digitalwirtschaft kaum eine Rolle.

Die globalisierte IT-Wirtschaft wird nun einmal vom ökonomischen Prinzip des Netzwerkeffekts beherrscht. Der Nutzen eines Produkts oder einer Dienstleistung für den einzelnen Teilnehmer wird mit jedem Kunden vergrößert, der das Produkt oder die Dienstleistungen ebenfalls nutzt. US-amerikanische Konzerne wie Amazon, Google und Facebook haben Marktsegmente monopolartig besetzt. Sie haben finanziell wie intellektuell massiv in grundlegende Infrastruktur investiert. Das beginnt bei Recherchezentren und Cloud-Systemen, setzt sich fort bei Schnittstellen und Frameworks und endet bei Technologien für die Datenanalyse. Sie haben dafür Systeme aufgebaut und Standards gesetzt.

Dass große Internetkonzerne ihre eigenen Regeln aufstellen und damit Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gefährden, ist eine erstaunliche Feststellung; aber tatsächlich hat die Bundesregierung dazu beigetragen, dass rechtsstaatliche Aufgaben an Internetkonzerne abgetreten werden. Namentlich das Netzwerkdurchsuchungsgesetz und auch Upload-Filter leisten hierzu einen Beitrag. Das Zurückdrängen dieser Monopolisten auf europäischer Ebene durch regulatorische Maßnahmen ist sinnvoll. Die digitale Abhängigkeit von diesen Konzernen verringern wir aber nicht nur mit Regeln und Verboten, sondern auch mit Innovationen und Initiativen.

(Beifall bei der AfD)

Grundlage hierfür sind optimale Rahmenbedingungen der digitalen Infrastruktur, die Förderung der digitalen Forschung und Entwicklung sowie die Schaffung optimaler Bedingungen für Start-ups. Hier sollte die Staatsregierung ihre Hausaufgaben machen. Als Erstes sollte sich die Staatsregierung dafür einsetzen, dass statt in Genderideologie wieder in wertschöpfende Bildung investiert wird. Damit wird der Grundstein dafür gelegt, dass Deutschland in Zukunft wieder eine technologische und ökonomische Führungsrolle ausfüllen kann.

Der schnelle Breitbandausbau, die flächendeckende Versorgung mit Highspeed-Internet hierzulande sowie der flächendeckende Ausbau der Mobilfunkversorgung sind notwendige Grundvoraussetzungen für zukünftig prosperierende Unternehmen. Die Staatsregierung sollte aggressiv günstige Rahmenbedingungen für Unternehmensgründer und die boomende Start-up-Szene schaffen. Massiver Bürokratieabbau, verbesserte Gestaltungsspielräume für Hochschulen, ein verbessertes Regelwerk für ein Wagniskapital-Fördergesetz sowie eine massive finanzielle Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen sind Rahmenbedingungen, unter denen zukünftig erfolgreiche Unternehmen gedeihen.

In Zeiten einer digitalen industriellen Revolution, wie wir sie durch Industrie 4.0 und künstliche Intelligenz in den nächsten Jahren erleben werden, bedarf es strategischer Anstrengungen der Staatsregierung zur Digitalisierung Bayerns, die kompromisslos umgesetzt werden. Wir kritisieren die Staatsregierung für die Fehler der Vergangenheit und unterstützen die Forderung, dass Europa im weltweiten Vergleich eine bedeutende Rolle in der Digitalisierung einnimmt. Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag, weil er dafür wirbt, Bayern in allen Feldern der Digitalisierung schnell zukunftsfähig zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf als nächsten Abgeordneten Herrn Benjamin Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Mannes, ganz kurz ein Wort zu Ihnen: Genderideologie ist im Bereich der Digitalisierung sehr wichtig. Sie sollten sich einmal mit dem Thema "Diskriminierung durch Algorithmen" beschäftigen. Das ist ein ganz wichtiges Thema.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die digitale Transformation ist auch eine Revolution unserer Wirtschaftsweise. Die größten und mächtigsten Unternehmen dieser Welt sind heute Digitalkonzerne. Diese Konzerne erwirtschaften teilweise einen Umsatz, der größer als das BIP einzelner Staaten ist. Wir brauchen ein digitales Wettbewerbsrecht und Maßnahmen, um die Großen nicht aus ihrer Verantwortung für die Gesellschaft entlassen zu müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Prof. Dr. Bausback, Sie plädieren für eine dem Projekt Airbus entsprechende Initiative, bestehend aus Staaten und aus Unternehmen, um uns aus dem, wie Sie sagen, "Würgegriff" der US-amerikanischen und chinesischen Digitalkonzerne zu befreien. Die Digitalwirtschaft ist aber nicht der Flugzeugbau. Unser europäischer und unser bayerischer Weg ist auch nicht das digitale Monopol. Unsere Stärke ist die Innovationskraft der kleineren und mittleren Unternehmen.

In Ihrem Antrag sprechen Sie von einem strukturellen und wirtschaftlich konkurrenzfähigen Gegengewicht zu den sich mehr und mehr monopolisierenden Digitalkonzernen aus Übersee. Wir plädieren für Vielfalt und die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Wir setzen den Monopolen Innovationskraft und Dynamik entgegen. Wir wollen eine innovative Digitalpolitik, eine innovative Digitalwirtschaft, europäische KMU sowie die Start-up-Szene fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als GRÜNE haben wir bisher auf allen Ebenen die Schaffung eines Level Playing Fields gefordert, um Digitalfirmen vor die gleichen rechtlichen Ausgangsbedingungen zu stellen. Die Gewährleistung gleicher und freier Wettbewerbsbedingungen auf europäischer Ebene ist ein klares Muss. Für uns steht die Fortentwicklung von Datenschutz und Wettbewerbsrecht an erster Stelle. Dazu müssen wir den kleinen und mittleren Unternehmen sowie den innovativen Start-ups die Möglichkeiten und die Bedingungen geben, um sich von dem Druck der Megakonzerne zu befreien und sich davor zu schützen. Sie müssen ihr volles Potenzial entwickeln können. Für mich ist die

Nutzung von Big Data auf der einen Seite und der Schutz der Daten der Nutzerinnen und Nutzer auf der anderen Seite kein Widerspruch. Dafür müssen aber die politischen Leitplanken gesetzt werden.

Was Sie genau mit dem Begriff "Level Playing Field" meinen, bleibt in Ihrem Antrag offen. Was bedeutet für Sie Fair Play beim Thema Datenschutz? Wollen Sie amerikanische und chinesische Digitalkonzerne stärker regulieren, oder wollen Sie die europäischen Datenschutzstandards absenken? Was bedeutet für Sie Fair Play beim Thema Steuern? Wollen Sie eine europäische Körperschaftsteuer oder mindestens eine Digitalsteuer einführen? Auch diesen Punkt sprechen Sie in Ihrem Antrag nicht an. In der digitalen Wirtschaft ist doch eine gerechte Besteuerung der logische Ausgangspunkt. Die großen internationalen und milliardenschweren Unternehmen gehören endlich besteuert. Alphabet und Co. müssen ihren Beitrag dazu leisten, und zwar jetzt. Bisher zahlen nur die Kleinen und der Mittelstand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schön, dass Sie endlich erkennen, dass unsere Digitalwirtschaft sträflich vernachlässigt wurde und wir langsam anfangen, hier den Anschluss zu verlieren. Ihr Antrag klingt wie ein "Da müsste man einmal etwas tun". Die Debatte ist aber schon viel weiter. Ich hoffe, dass Sie jetzt gemeinsame Lösungen für eine innovative Digitalwirtschaft finden können. Der Antrag ist hauptsächlich eine schwammige Absichtserklärung. Da muss endlich mehr kommen. Es geht aber wenigstens in die richtige Richtung. Entsprechend werden wir dem zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei meinem Kollegen für seinen Beitrag und rufe Herrn Kollegen Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN auf. Herr Kollege, Ihnen gehört das Rednerpult.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir Bilder oder Selfies posten, wenn wir markige Sprüche twittern oder aber Wörter, die wir nicht kennen, googeln, dann tun wir das immer bei amerikanischen Großkonzernen. Das zeigt den Fehler im System. Wir Europäer müssen nachrücken; wir haben großen Nachholbedarf und haben vieles zu tun versäumt.

Wenn wir versuchen, den Rahmen neu zu gestalten, gibt es hierfür verschiedene Ansatzpunkte. Wir müssen dafür sorgen, ein innovationsfreundliches Klima zu schaffen, Start-ups zu fördern, Forschung zu intensivieren, ein regulatorisches Umfeld in Europa zu haben, das auch die US-Konzerne in die Pflicht nimmt. Wir müssen auch die Infrastruktur stärken. Das heißt, wir brauchen einen digitalen Kraftakt. Ich bin dem Kollegen Bausback sehr dankbar dafür, dass er die Idee einer Europäischen Digitalen Allianz ins Spiel gebracht hat; denn wir können das nicht alleine aus dem Markt heraus schaffen. Wir müssen eine unterstützende Kraft bieten. Das heißt nicht, dass wir andere aussperren oder aussparen. – Nein: Das ist ein Gemeinschaftsprojekt, ein Kraftakt, den wir brauchen.

An dieser Stelle ein letztes Wort an die Kollegen der AfD. Sie kritisieren die Bayerische Staatsregierung dafür, dass sie irgendetwas verpasst habe. Sie haben etwas verpasst; denn wir sind Spitzenreiter, was die digitale Förderung betrifft. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass auf der Regierungsbank eine Digitalministerin und ein Wirtschaftsminister sitzen, die dies ebenfalls ganz oben anstellen.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir sind spitze. Wir wollen einen richtigen Rahmen, einen Kraftakt für Europa.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich stelle fest, dass heute alle unter ihrer Redezeit bleiben, was an diesem Tag auch ein Vorteil sein kann.

Ich darf Herrn Vizepräsidenten Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion aufrufen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ihm ist ja schon zu seinem heutigen runden Geburtstag gratuliert worden. Er meldet sich heute zum zweiten Mal zu Wort, arbeitet an diesem Tag also sehr fleißig. Bitte schön, Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den zehn wertvollsten Unternehmen in diesem Jahr zählen ausschließlich Digitalkonzerne. Kein einziges klassisches Industrieunternehmen findet sich darunter, und es sind nur amerikanische und chinesische Unternehmen. Weltranglistenführer ist Microsoft mit einem Börsenwert von 1.028 Milliarden Dollar, Amazon hat einen Börsenwert von 938 Milliarden Dollar und liegt auf Rang 2, Facebook liegt auf Rang 5. Unter den Top Ten finden sich auch die chinesischen Internetriesen Alibaba und Tencent.

Dies zeigt zwei Entwicklungen: Erstens. Digitalkonzerne dominieren die Weltwirtschaft. Zweitens. Es sind amerikanische und chinesische Digitalkonzerne; deutsche und europäische Firmen verlieren an Boden. Das erste deutsche Unternehmen ist SAP auf Rang 52.

Allein das zeigt schon enormen Handlungsbedarf. Deshalb begrüßen wir den Antrag der CSU; denn amerikanische und chinesische Internetgiganten haben mittlerweile eine Monopolstellung und eine Marktmacht erreicht, die für eine demokratische Gesellschaft, deren Erfolg und Wohlstand auf Wettbewerb und klaren Regeln basiert, grenzwertig sind. Für diese Konzerne lassen sich auf europäischer Ebene immer schwerer vernünftige Rahmenrichtlinien schaffen, und die nationale Gesetzgebung greift längst nicht mehr.

Chinas digitaler Aufstieg kann auch negative Folgen für die europäische Politik und unsere Grundwerte haben – das ist von den Vorrednern mehrfach angesprochen worden. Die chinesische Digitalpolitik steht auch im Widerspruch zu europäischen Werten,

beispielsweise beim Schutz der Privatsphäre und der Meinungsfreiheit und auch mit Blick auf die Bemühungen der Europäischen Union, ethische Standards für die Digitalisierung zu etablieren.

Ein gutes Beispiel in Sachen Industriepolitik und dafür, dass Zusammenarbeit Europa auch voranbringen kann, ist Airbus, ein europäisches Erfolgsmodell. Der Flugzeugbauer, auch mit wichtigen Standorten bei uns in Bayern, hat seinem Mitbewerber Boeing vielleicht nicht den Rang abgelaufen, aber zumindest die Stirn geboten.

Wo Licht ist, ist aber auch Schatten. Wir hatten hohe Erwartungen an die Fusion von Siemens und Alstom als Hersteller von ICE und TGV mit Blick auf den Bau eines gemeinsamen europäischen Schnellzugs, der dann auch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist. Leider ist dies am europäischen Kartellrecht gescheitert. Ich schließe mich dem an, was Prof. Bausback hierzu formuliert hat.

Klar ist, dass die großen Giganten nicht einfach so durch die Marktwirtschaft entstanden sind. Siri, GPS, Touchscreen, Google und Amazon – das alles waren Produkte oder Unternehmen, die mit staatlicher Förderung und Unterstützung zu dem geworden sind, was sie heute sind. Als wir als SPD gesagt haben, dass wir dem etwas Europäisches entgegensetzen müssen, haben uns die Marktgläubigen häufig entgegengehalten: Ihr mit eurem Staatsinterventionismus; hört mal auf; der Markt wird es schon richten. – Was der Markt nicht richtet, sehen wir anhand dieses Rankings. SAP liegt auf Rang 52.

Deshalb braucht es europäische Zusammenarbeit; deshalb braucht es eine gemeinsame europäische Digitalstrategie und Industriepolitik. Europa ist nur dann stark, wenn es den digitalen Welten aus China und den USA etwas entgegensetzt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Vizepräsidenten Rinderspacher für seine Worte und darf den Fraktionsvorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Martin Hagen, aufrufen. Bitte schön.

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass kein staatliches Unternehmen jemals ein iPhone auf den Markt gebracht hätte, kein staatliches Unternehmen jemals eine Leistung wie Amazon oder Google vollbracht hätte. – Nein, Innovation ist das Produkt von Marktwirtschaft und wird es auch bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Was die Politik aber natürlich tun muss, ist, die Rahmenbedingungen entsprechend zu setzen. Deswegen sind die heute vorliegenden Anträge richtig und wichtig. Wir als Europa haben einen Aufholbedarf. Wir kranken daran, dass wir letztlich 28 isolierte digitale Märkte haben. Wir müssen endlich den digitalen Binnenmarkt vollenden, und wir müssen es auch schaffen, dass Europa eine Digitalstrategie entwickelt, um im Vergleich zu den USA und China nicht immer mehr abgehängt zu werden.

Wie weit die Transformation unserer Wirtschaft fortgeschritten ist, sehen wir mit Blick auf die erfolgreichsten Unternehmen der Welt. Von den fünf wertvollsten Unternehmen wurden die zwei ältesten in den Siebzigerjahren gegründet, zwei wurden in den Neunzigerjahren gegründet, und eines, nämlich Facebook, wurde sogar erst in den Zweitausenderjahren gegründet. Alle alten Industrieriesen, alle alten großen Namen, aus denen wir im letzten Jahrhundert noch unseren Wohlstand geschöpft haben, sind von den neuen Digitalkonzernen längst weit abgehängt worden.

Wir sehen auch, dass es immer weniger darum geht, etwas herzustellen, und dass immer mehr neue Geschäftsmodelle, die Plattformökonomie, Wertschöpfung schaffen. Der größte Taxianbieter der Welt hat kein einziges Fahrzeug, nämlich Uber. Der größte Wohnungsvermieter der Welt hat keine einzige Wohnung, nämlich Airbnb. Apple baut auch keine Handys mehr. Das Unternehmen Apple verdient sein Geld mittlerwei-

le überwiegend über den App Store, also überwiegend damit, dass es über Provisionen von den Innovationen, von den Ideen anderer Leute profitiert. Der größte Händler, Alibaba, hat übrigens auch kein einziges Lager.

Wir verdienen heutzutage Geld über Plattformen. Wir haben es in Europa bisher nicht geschafft, einen Riesen in der Plattformökonomie hervorzubringen. Deswegen begrüßen wir den Antrag.

Wir sollten uns aber nicht darauf beschränken, nur nach Europa zu rufen. Auch wir in Bayern können etwas tun, beispielsweise mit mehr Forschungsmitteln im Bereich künstlicher Intelligenz oder durch die Bereitstellung einer besseren digitalen Infrastruktur für unsere Bürger und Unternehmen. Das ist nämlich etwas, wofür nicht Europa verantwortlich ist; das ist etwas, wo wir selbst unsere Hausaufgaben machen können.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Staatsministerin Judith Gerlach, die zuständige Ministerin, hat um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verhehle nicht meine Freude darüber, dass ich heute zum ersten Mal auch mit meinem Tablet am Rednerpult stehen darf. Ganz herzlichen Dank an den Ältestenrat, dass meine Initiative unterstützt wurde. Ich hoffe natürlich auf rege Nutzung dieser Möglichkeit, die jetzt besteht. Ich hoffe, dass es an der Logistik nicht scheitern wird. Wenn irgendwann einmal ein Akku leer sein sollte: Wir haben sicher alle Aufladekabel. Ich verleihe meines gerne fraktionsübergreifend; das versteht sich. Ich hoffe auch auf Ihre Unterstützung, falls mir einmal der Saft ausgehen sollte.

Heute geht es um digitale Marktmacht. Die derzeitige Diskussion über Facebook und vor allem über die Pläne für die Kryptowährung Libra führt uns, wie ich finde, ganz deutlich vor Augen, mit welcher großer Wucht die riesigen Internetkonzerne handeln, die letztendlich an bestehenden Systemen rütteln.

Die Herausgabe einer Währung ist ja im Grunde genommen ein Kernelement staatlicher Souveränität. Unsere deutschen und europäischen Grenzen und Regularien sorgen für Finanzmarktstabilität und schützen vor Missbrauch. Aus denselben Gründen hat auch der US-Finanzminister ernsthafte Bedenken, zumindest derzeit noch. Das kann sich rasch ändern. Der Blockchain-Beauftragte für Facebooks Kryptowährungsprojekt hat bei einer Anhörung im US-Senat vor zwei Tagen relativ direkt formuliert. Ich darf ihn zitieren: Wenn Amerika nicht die Innovationen bei digitalen Währungen und Bezahlsystemen anführe, würden dies andere tun. Dann meinte er, man werde bald eine Digitalwährung sehen, die von anderen kontrolliert werde, deren Werte drastisch anders seien. – Natürlich geht es dabei auch um Werte, aber es geht vor allem um Marktbeherrschung. Das ist das Thema.

Als Digitalministerin begrüße ich den Antrag von Herrn Prof. Bausback und Kollegen sehr; denn abgesehen von der Diskussion um Libra – wir haben in den Reden schon viele andere Beispiele gehört – habe ich immer mehr den Eindruck, dass beim Umgang mit europäischen Unternehmen und internationalen Internetkonzernen mit zweierlei Maß gemessen wird. Hier müssen unsere Medienunternehmen, die Hotels, die Taxibetreiber eine Vielzahl an Regeln, an Bedingungen, an Vorschriften erfüllen, die sehr bürokratisch sind und natürlich auch einschränken. Das geht vom Brandschutz bis hin zum Gesundheitszeugnis. YouTube, Airbnb und Uber können dagegen fast ohne Einschränkung ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehen. Durch diese Unwucht kommt es bei den Internetkonzernen zu einer Konzentration von Marktmacht.

Nehmen Sie als Beispiel nur unsere Smartphones. Android hat einen Marktanteil von über 75 %. Bei der Google-Suche liegen wir sogar bei 89 %. Vergewahrtigt man sich diese Zahlen, dann ist es wohl nicht übertrieben, auch hier von Marktbeherrschung zu sprechen. Deswegen dürfen wir in Europa nicht einfallslos zusehen, selbst keine Idee haben.

Es geht um Kontrolle. Die Begrenzung der Marktmacht ist ein Kernbestandteil der sozialen Marktwirtschaft, der selbstverständlich nicht nur in der analogen, sondern auch

in der digitalen Welt gelten muss. Europa muss hier ganz klar seine Werte verteidigen. Deshalb ist es so wichtig, dass die soziale Marktwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft 2.0 weiterentwickelt wird. Für mich gehören vier Elemente dazu, für die wir uns in Brüssel, aber auch in Berlin einsetzen.

Erstens braucht es einen einheitlichen regulatorischen Rahmen. Das Stichwort "Level Playing Field" ist jetzt schon mehrfach gefallen. Wettbewerbsbedingungen können letztendlich nur dann fair sein, wenn der Marktzugang für alle Teilnehmer transparent ist, wenn er diskriminierungsfrei ist.

Zweitens geht es auch um die steuerliche Gleichbehandlung von digitalen Unternehmen. Es gibt Steuervermeidungsstrategien international tätiger Digitalunternehmen, die wir länderübergreifend bekämpfen müssen. Wir brauchen in Europa eine Lösung dafür und eine Antwort darauf, weil dieser Bereich immer wichtiger wird und wir in diesem Punkt überhaupt keine Wertschöpfung erzielen.

Drittens gilt es, den digitalen EU-Binnenmarkt voranzutreiben, also einen supranationalen Rechtsrahmen für geistige Eigentumsrechte und einen starken EU-Binnenmarkt mit einheitlichen Regelungen zu schaffen. Das sind einfach die Voraussetzungen für starke Digitalunternehmen auch aus Europa.

Viertens ist ein zeitgemäßes, proaktives Wettbewerbsrecht zu nennen. Auch im digitalen Zeitalter bleibt der Wettbewerb zwischen den Unternehmen die entscheidende Kraft, durch die Innovationen entstehen und wodurch Anstrengungen letztendlich belohnt werden. Der freie Wettbewerb muss daher den Monopolisierungstendenzen, die es momentan ganz eindeutig gibt, entgegentreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesen vier Bausteinen können wir ein wirtschaftlich konkurrenzfähiges Gegengewicht zu den Digitalkonzernen aus Übersee und aus Asien schaffen. Deswegen bitte ich auch eindringlich um Zustimmung zu dem CSU-Antrag.

Wenn ich mir den Antrag der AfD-Fraktion betrachte, kann ich nur feststellen: Endlich aufgewacht! – Man hört mir schon nicht mehr zu. – Auch die AfD scheint das Thema der Digitalisierung jetzt gefunden zu haben. Sie fängt dann wieder mit irgendwelchen Genderstrategien an. Ehrlich gesagt, habe ich nur darauf gewartet, dass die "verfehlte Flüchtlingspolitik" hier auch wieder Eingang findet. Sie nutzen ja gern jede Gelegenheit, auch das anzubringen. Ich würde Ihnen empfehlen, einmal unser BAYERN DIGITAL I und II zu lesen, einmal zu schauen, was die Bayerische Staatsregierung, was der Landtag in der letzten Zeit und in den letzten Jahren schon auf den Weg gebracht hat. Das geht nämlich weit über die Start-up-Förderung hinaus. Dann würden Sie sehen, dass es Ihren Antrag gar nicht braucht. Jedenfalls habe ich in ihm keinen sinnvollen oder piffigen Vorschlag gesehen, wie man das Ganze global besser leisten könnte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Frau Staatsministerin. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung. Herr Abgeordneter Bergmüller, bitte schön.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, im Wirtschaftsausschuss haben wir letztens das Vergnügen gehabt, Ihre Digitalstrategie zu hören. In dem Antrag von Herrn Bausback, den Sie ja hier verteidigen, schreibt die CSU, dass ein europäisches Gegengewicht zu bestimmten Konzernen geschaffen werden soll.

Dazu frage ich Sie: Kennen Sie die Anfrage der CSU-Fraktion im Wirtschaftsausschuss an Herrn Prof. Wollmershäuser vom ifo Institut, und kennen Sie dessen Antwort darauf? Er hat gesagt, es gebe keine Chance, dass wir noch ein europäisches Gegengewicht schaffen können. Deswegen läuft der Antrag ins Leere.

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Ich habe jetzt keine Frage vernommen. Dennoch will ich einen Satz dazu sagen. Wenn wir derart unvisionär an Dinge herangehen, können wir gleich sagen, wir können alles vergessen, die Nachhaltigkeit, den

Naturschutz. Wir können die Digitalisierung vergessen. Das schaffen wir ohnehin alles nicht. Dann weiß ich aber, ehrlich gesagt, auch nicht, warum Sie hier im Parlament sitzen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Frau Staatsministerin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/3064 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swododa. Gegenstimmen! – Die AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/3092 – das ist der Antrag der AfD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind alle anderen Fraktionen und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Wer enthält sich der Stimme? – Der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.